

Geburtshilfe | 30.09.2022 | Nr. 244/22

Hauke Hansen: TOP 18: Zuvorderst stehen die Gesundheit von werdenden Müttern und ihren Kindern

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

In einem Punkt stimmen wir heute Morgen in diesem Saal wahrscheinlich alle überein: Die Schließung der Geburtshilfe in Henstedt-Ulzburg mit mehr als 700 Geburten im Jahr ist für die Menschen vor Ort keine gute Entwicklung.

Geburten sind fast immer ganz besonders schöne Momente im Leben einer Familie. Auch ich als Vater verknüpfe mit dem Thema einen ganz besonderen Moment in meinem Leben, das geht sicher vielen so in diesem Saal. Darum ist es auch so wichtig, hier im Hohen Haus sensibel mit dem Thema umzugehen. Wir diskutieren heute darüber, wie wir uns die Zukunft in der geburtshilflichen Versorgung in Schleswig-Holstein vorstellen.

Grundsätzlich will ich eines festhalten: Zuvorderst stehen die Gesundheit von werdenden Müttern und ihren Kindern, egal ob die Geburt stationär oder zu Hause erfolgt.

Erster und wichtigster Faktor ist dabei das Personal. Wir sehen aktuell einen großen Personalmangel im Bereich Gynäkologie und Geburtshilfe, der dazu führt, dass bereits einige Standorte im Land ihre geburtshilflichen Abteilungen dauerhaft oder zeitweilig schließen mussten, weil die gesetzlichen Anforderungen nicht erfüllt werden konnten. Wir bitten daher die Landesregierung hier zu prüfen, inwiefern feste Kooperationen zwischen Geburtskliniken verschiedener Versorgungsstufen möglich sind, um auch kleine Geburtskliniken in der Fläche zu erhalten. Hebammen und Entbindungspfleger sind in unserem Gesundheitssystem von zentraler Bedeutung.

Wir brauchen dieses qualifizierte Personal nicht nur für eine gute Versorgung auf den Stationen in den Krankenhäusern, sondern auch für die enge und persönliche Betreuung zu Hause. Durch eine enge Betreuung vor und nach der Geburt wird Familien mit praktischen Tipps geholfen. Durch professionelle Betrachtung und Rückmeldung der individuellen Situation wird den Familien auch ein wesentliches Stück Sicherheit gegeben. Probleme und Fehlentwicklungen können so frühzeitig

erkannt und schwere und kostenintensive Folgeerkrankungen vermieden werden.

Hierfür brauchen wir mehr Hebammen und Entbindungshelfer in Schleswig-Holstein. Darum wollen wir, so haben wir es im Koalitionsvertrag beschlossen, die Zahl der Studienplätze für Hebammenwissenschaften erhöhen. Hier erwarten wir von der Landesregierung zügig eine entsprechende Umsetzung.

Was mich aber wirklich hellhörig macht: Vorgestern fand im deutschen Bundestag die Verbändeanhörung zum GKV-Finanzstabilisierungsgesetz statt. Der Deutsche Hebammenverband (DHV) kritisiert, dass nach dem aktuellen Entwurf Hebammen nicht mehr in das Pflegebudget gehören. Damit würde die Finanzierung ihrer Stellen für Kliniken fast unmöglich gemacht. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf nicht passieren! Hier erwarte ich vom Bundesgesundheitsminister erhebliche Nachbesserungen! Für die stationäre Vor- und Nachsorge sind Hebammen und Entbindungspfleger von zentraler Bedeutung!

Die bestehenden Finanzierungsstrukturen müssen zudem insgesamt angepasst werden. Andere Länder – so wie Frankreich – machen uns das schon sehr erfolgreich vor. Das Stichwort lautet Vorhaltekosten.

In der letzten Woche hat es hierzu einen Brandbrief vom „Deutscher Hebammen Verband“ gegeben. Und dieser positioniert sich sehr deutlich: Vorhaltekosten sind für eine stabile Finanzierung unumgänglich. In vielen Bereichen, so auch in diesem, hat das Land keine eigene Regelungskompetenz.

Das betrifft insbesondere die Kostenseite: Seit Jahren begleitet uns die unsägliche Diskussion über das finanzielle Auskommen von freiberuflichen Hebammen aufgrund der zuletzt horrenden Berufshaftpflichtprämien.

Hier fordern wir vom Bund eine stärkere Berücksichtigung, die auch die Entscheidung für die Ausübung dieses so wichtigen Berufs entscheidend mit beeinflusst.